

Sekretariat
Gewerkschaftshaus
Rebgasse 1
CH-4005 Basel

Tel. 061 685 98 98
Fax 061 685 98 90
E-Mail kerstin.wenk@vpod-basel.ch

Die AGSt auf dem Marktplatz

Entschlossener Protest gegen Abbaupaket der BS-Regierung

AGSt, April 2015 - Die AGSt-Protestaktion gegen das Abbaupaket der Regierung Basel-Stadt am 15. April 2015 war ein voller Erfolg. Über 2000 Kantonsangestellte und weitere Betroffene brachten ihre Empörung über das Abbaupaket mit lauten Trillerpfeifen zum Ausdruck. Sie waren sich einig: Sie stopfen das 70-Millionen-Loch in der Kantonskasse nicht, das durch die Steuergeschenke an die Aktionäre mit der Unternehmenssteuerreform II entstanden ist.



Nach über 10 Jahren war es wieder so weit: Die Kantonsangestellten versammelten sich auf dem Marktplatz, um gemeinsam ihren Missmut über die geplanten Sparmassnahmen zum Ausdruck zu bringen. Dass es so weit gekommen ist, zeigt klar, dass das Fass voll ist und die Staatsangestellten nicht bereit sind, weitere Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen zu akzeptieren. Berichterstattung

Doch richtete sich der Protest nicht nur gegen die Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen, sondern auch gegen Sparvorhaben im Bildungsbereich, von welchen all unsere Kinder betroffen sind und des Weiteren gegen Sparmassnahmen bei den Schwächsten unserer Gesellschaft.

Die prominenteste Rednerin, SP-Ständerätin Anita Fetz, stellte klar: «Sparen ist nicht grundsätzlich falsch, wenn es nötig ist. Aber nicht auf Kosten der Schwächsten wie Menschen am Existenzminimum (Beihilfen), Behinderte oder schulpflichtige Kinder von ärmeren Familien.» Sie stellte sich damit klar auf die Seite der Gegnerinnen und Gegner dieser Sparübung, die von der Regierung hauptsächlich begründet wird mit den Einnahmeneinbussen durch die Unternehmenssteuerreform II. Anita Fetz hatte diese Steuerreform sowohl im Ständerat als auch bei der Abstimmung bekämpft.

Die zahlreichen protestierenden Lehrerinnen und Lehrer applaudierten lautstark Jean-Michel Héritier, designierter Präsident der Freiwilligen Schulsynode FSS, als dieser den Abbau an den Schulen dezidiert zurückwies: «Für eine faire Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen muss der von der Regierung geplante Abbau bei der Bildung verhindert werden!»

LDP-Grossrat André Auderset stellte sich klar und deutlich hinter die Anliegen der Polizistinnen und Polizisten. «Der Regierungsrat sagt» so Auderset, «die Abschaffung der Arbeitsmarktzulage bei der Polizei sei keine Sparmassnahme. Da hat sie ausnahmsweise Recht, denn diese Streichung spart nichts – sie wird im Gegenteil zu Mehrkosten führen, wenn zusätzliche Abgänge ausgeglichen werden müssen – und hinterlässt Polizeikräfte, welche die mangelnde Wertschätzung der Regierung spüren.»

BAV Baselstädtischer Angestellten-Verband, FSS Freiwillige Schulsynode Basel-Stadt, Kaufmännischer Verband Basel, PBVB Polizeibeamten-Verband Basel-Stadt, PSVB Personalverband städtische Verkehrsbetriebe, SBK Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner Sektion beider Basel, SYNA die Gewerkschaft, vpod region basel

Rund 1000 Franken jährlich bezahlen im Durchschnitt die Kantonsangestellten für die Steuergeschenke an die Aktionäre. Stefan Isenschmid, Gewerkschaft Syna, kritisierte diese Verschlechterung der Anstellungsbedingungen, insbesondere die massive Kürzung des Dienstaltersgeschenks. Die Angestellten haben als Lehrpersonen, als Polizistinnen und Polizisten, als Pflegende an den Spitälern etc. zusätzlich den Stellenabbau und die dadurch zunehmende Belastung zu tragen.

Georg Mattmüller, Geschäftsführer des Behindertenforums, bezeichnete die Streichung der Fachstelle Gleichstellung für Menschen mit Behinderung als «Streichkonzert am falschen Ort: Die Bedeutung der Gleichstellung von Menschen mit Behinderung ist noch nicht angekommen beim Kanton.»

Zur Kürzung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen für Lehre und Forschung an den Spitälern zog Isabelle Stocker, vpod Co-Präsidentin, folgende Schlussfolgerung: «Klar ist jetzt schon: Die Rechnung bezahlen wir, die Angestellten, und die Patienten. Um die fehlenden Millionen zu ersetzen, müssen noch mehr Patienten in immer kürzerer Zeit, mit noch weniger Personal versorgt werden.»

Dass die ärmsten Kantonsbewohner, die Beihilfebezügerinnen und -bezüger, die Steuergeschenke an die Aktionäre mitfinanzieren müssen, kritisierte Tonja Zürcher, Co-Präsidentin BastA!, aufs Schärfste: «8000 Personen sind heute in Basel auf die kantonalen Beihilfen zu IV und AHV angewiesen. Und es werden jährlich mehr. Eine Sozialleistung zu halbieren, von der immer mehr Menschen abhängig sind, ist zynisch.» Sie kündigte das Referendum an, sollte der Kahlschlag bei den Beihilfen beschlossen werden.

Die Protestierenden schickten das Abbaupaket zurück an den Absender und forderten die Regierung auf, über die Bücher zu gehen. Der Rechnungsüberschuss 2014 von 180 Mio. Franken gibt der Regierung den notwendigen finanziellen Spielraum, um die fehlenden 70 Mio. Franken über die Einnahmen zu holen, indem die Steuergeschenke an die Aktionäre und Konzerne rückgängig gemacht werden.